

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einführung und Gang der Darstellung	23
Erster Teil: Grundlagen	27
A. Zur Notwendigkeit europäischer Verfassungsgebung	27
I. Einführung	27
II. Der Stand der Diskussion im Streit um die Verfassungsqualität der europäischen Verträge	29
1. Vorbemerkung	29
2. Unumstrittene Verfassungsattribute der europäischen Verträge	31
3. Streitpunkte in der Diskussion	32
a) Verfassungstheoretische Grundfragen: Volk, Staat, Demokratie	32
aa) Staatsbezug, Homogenität der Gemeinschaft und Demokratie	32
bb) Entstehungsvorgang und Legitimation	43
cc) Geltungsgrund	50
b) Unerreichter Endzustand	52
c) Fehlende Eigenständigkeit als Komplementärverfassung	54
d) Inhaltliche Mängel der europäischen Verträge	57
aa) Fehlen bestimmter Aspekte	57
bb) Redaktionelle Mängel	60
e) Begrenzte sachliche Zuständigkeit	61
f) Kompetenz-Kompetenz	63
g) Änderungsmechanismus	65
h) Zusammenfassung	68
III. Funktion demokratischer Verfassungsgebung	69
1. Konstitution des Gemeinwesens	69
a) Konstitution des Umfangs und der Grenzen des Gemeinwesens seinem Inhalt nach	69
b) Konstitution des Umfangs und der Grenzen des Gemeinwesens in geographischer und personeller Hinsicht	70
aa) Einwand: Territoriale Verfasstheit hat sich überholt	70

bb) Entgegnung: Territoriale Verfasstheit ist demokratisch geboten	71
cc) Zur Bestimmung der Verfassungsfähigkeit	73
c) Verwandlung der Person in den politischen Bürger und der Gruppe in den demos als Kennzeichen demokratischer Verfassungsgebung	76
2. Positivierung der Legitimationsgrundlage und Vermittlung von Legitimität	76
IV. Zum Bedürfnis einer europäischen Verfassungsgebung: Legitimationsbedürftigkeit und Legitimationsfähigkeit der supranationale Konstellation	76
1. Legitimationsbedürftigkeit	77
a) Charakteristika der supranationalen Rechtsgemeinschaft	77
aa) Die Besonderheiten der EU	77
bb) Wandlung des Staates zum Mitgliedstaat	79
b) Ausübung von Hoheitsgewalt durch die Union?	82
c) Die unzureichenden demokratischen Verfahren der gegenwärtigen Union	83
2. Legitimationsfähigkeit	86
a) Die offen gehaltene Finalität	86
aa) Geographische Finalität	86
bb) Politische Finalität	87
cc) Die Frage nach der Finalität vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Integration und Desintegration	88
b) Der Einzelne in der supranationalen Konstellation	90
aa) Der rechtliche Status des Einzelnen als Berechtigter aus Grundrechten und Grundfreiheiten	90
bb) Der rechtliche Status als „Unionsbürger“	92
cc) Ergebnis	95
c) Sind wir alle Europäer? Über Identität(en) in der Union	95
aa) Legitimität und Identität	95
bb) Die multiplen Identitäten der Europäer	97
cc) Der empirische Befund	100
dd) Die Union und ihre Identitätspolitik	101
ee) „Mir wölle bleiwe wat mir sin!“: Schutz nationaler Identitäten im nationalen Verfassungsrecht, im Recht der Union und in der Rechtsprechung des EGMR	101
d) Zur Lehre von der doppelten bzw. dualen Legitimität der Union	105
aa) Der Streitstand zur Frage nach einer doppelten Legitimität	105
bb) Richtigerweise: Die doppelte Verfasstheit der Europäer	107

cc)	Konsequenzen für die europäische Verfassungsgebung	109
e)	Demokratieermöglichende Faktoren: Intermediäre Strukturen und Sprache	109
aa)	Parteien	110
bb)	Verbände	111
cc)	Medien	112
dd)	Sprache	114
ee)	Insbesondere: Mehrsprachigkeit als Hindernis für Debatten? Die Erfahrung des Europäischen Parlaments	116
ff)	Die Ermöglichung von Öffentlichkeit durch Multiplikatoren	117
V.	Zusammenfassung: Faktoren für Verfahren der Legitimation der Hoheitsordnung der Union	118
VI.	Zur Unanwendbarkeit der traditionellen Verfahren der Verfassungsgebung	120
VII.	Europäische Verfassungsgebung als Auswechslung der Legitimationsgrundlage	122
VIII.	Was fehlt zu einer europäischen Verfassung?	123
1.	Ein anspruchsvoller Verfassungsbegriff	123
2.	Die unzureichende demokratische Legitimation als Grund für die mangelhafte Verfassungsqualität der europäischen Verträge	124
3.	Anforderungen an ein Verfahren der Gemeinschaftsbildung	125
4.	Konsequenz: Verfassungsgebung für die Union	126
B.	Legitimation einer europäischen Verfassungsordnung: Verfassungs- und demokratietheoretische Grundlagen	127
I.	Begriffsbestimmung Legitimität und Legitimation	127
1.	Normative und empirische Legitimitätsbegriffe	127
2.	Zu neueren Bestimmungen von Legitimität	129
3.	Zwischenergebnis	134
II.	Zur Vorzugswürdigkeit einer diskursorientierten Legitimationsstrategie	134
1.	Grundlegung: Legitimationsstrategien ex ante	134
a)	Begriffliche Eingrenzungen: Prozedurale Theorien im Verhältnis zur sog. Input-Legitimation und den materialen Legitimitätstheorien	134
b)	Der falsche Gegensatz zwischen Legitimationsstrategien ex ante und ex post	138
2.	Legitimationsprogramm prozeduraler Theorien	139
a)	Legitimation durch Vertrag	140
b)	Legitimation durch Diskurs	145
aa)	Grundlage: Kantische „Vertragslehren“: Universalität statt Voluntarismus	145

bb)	Die Kritik an der Begründung der Gerechtigkeit bei J. Rawls	147
cc)	Qualifikation der Diskurstheorien	150
dd)	Begründungen der Diskurstheorien	151
ee)	Die Unparteilichkeit des Diskurses: An der Stelle des Anderen denken	154
ff)	Diskursive Legitimität	156
gg)	Die Voraussetzungen des idealen Diskurses	157
hh)	Das deliberative Verfahren	163
ii)	Zusammenfassung: Legitimation durch Diskurs	169
3.	Konkretisierungen der Dichotomie Vertrag – Diskurs für die Fragen der Konstituierung politischer Gemeinschaften	170
a)	Zur Konstituierung der Union als Ergebnis von Referenden	170
b)	An den Diskurstheorien orientierte Vorschläge	172
4.	Vorzugswürdigkeit	176
a)	Kritik am Rationalitätskonzept Vertrag	176
b)	Die Vorzugswürdigkeit diskursiver Normbegründung	182
c)	Vorzugswürdigkeit insbesondere bei der Begründung neuer Gemeinwesen	185
C.	Verfassungsgebung	190
I.	Verfassungsgebung deliberativ verstanden	190
1.	Verfassungsentwicklung und Konstitutionalisierung	190
2.	Verfassungsgebung und Verfassungsänderung	193
a)	Unterscheidung zwischen Verfassungsgebung und Verfassungsänderung nach der Lehre des Abbé Sieyès	193
aa)	Zur Geschichte des Begriffs eines pouvoir constituant	194
bb)	Funktion der Figur eines pouvoir constituant	200
cc)	Die Bindungslosigkeit in der Tradition des Abbé Sieyès und Versuche ihrer Einschränkung	203
b)	Keine rechtlich unbeschränkte Äußerung der verfassungsgebenden Gewalt	205
c)	Unterscheidung zwischen verfassungsgebender und verfassungsändernder Gewalt nach einem deliberativen Verständnis des Rechts	207
aa)	Höherrangigkeit der Verfassung	207
bb)	Legitimität und Legalität	209
cc)	Die unterschiedlichen Stufen demokratischer Verfasstheit	209
dd)	Die Erweiterung des deliberativen Zirkels um eine dritte Dimension:	
	Verfassungsgebung als spiralförmiger Prozess	210
ee)	Folgen für das Verhältnis von Verfassungsgebung und Verfassungsänderung	213
3.	Verfassungsgebung: Ereignis oder Prozess?	214

II. Das Verfahren deliberativer Verfassungsgebung	219
1. Repräsentative Deliberation?	219
2. Verfahren diskursiver Verfassungsgebung	221
3. Eckpunkte eines institutionellen Arrangements	222
a) Autonomie der deliberativen Versammlung	223
aa) Die historische Entwicklung der Autonomie parlamentarischer Versammlungen	223
bb) Notwendigkeit der Autonomie deliberativer Versammlungen	225
b) Präsenz aller relevanten Interessen	226
c) Größe der Versammlung	226
d) Öffentlichkeit der Debatten	227
e) Imperatives Mandat	230
f) Die Aufgaben eines Vorsitzenden	230
g) Abwesenheit stabiler Koalitionen	231
h) Abstimmungen und Vetorechte	231
i) Exkurs: Umsetzungsbeispiele	231
III. Träger der verfassungsgebenden Gewalt	233
1. Die Bestimmung des Trägers in der Auseinandersetzung mit den Schriften des Abbé Sieyès	233
2. Das plurale Volk und die Vertragsemantik	241
3. Die prozeduralistische Interpretation der Volkssouveränität bei J. Habermas	243
4. Die Entstehung des demos als Funktion einer deliberativen Prozedur	245
a) Zur Notwendigkeit der Bestimmung eines Verfahrens der Gemeinschaftsbildung	245
aa) Zum Erfordernis einer vorgängigen spezifischen Identität der zu verfassenden Gemeinschaft	245
bb) Zur Anwendung der prozeduralistischen Volkssouveränität von J. Habermas	249
cc) Gemeinschafts- oder Betroffenen Demokratie?	250
dd) Anforderung an ein Verfahren der Gemeinschaftsbildung	252
b) Die Bildung des demos als Ergebnis von Referenden	253
c) Die deliberative Bildung des Demos	255
aa) Unverfasstes Sich-Verfassen? Gemeinschaftsbildung als zirkulärer Prozess	255
bb) Die Ausbildung einer kollektiven Identität als reflexiver und kommunikativer Lernprozess	258
cc) Die Konstitution der Gemeinschaft als rechtliche Durchdringung politischer Interaktionsbeziehungen	259

dd)	Das schrittweise Abrücken von den Voraussetzungen des idealen Diskurses	260
ee)	Die Abhängigkeit der Erfüllung der Voraussetzungen der deliberativen Prozedur von der Dichte der menschlichen Interaktionen	261
ff)	Entwicklung einer Lebenswelt	262
d)	Kritik des direktdemokratischen und Vorzugswürdigkeit eines deliberativen Vorgehens	263
e)	Ergebnis	266
IV.	Einwände	268
1.	Die Kritik an einer diskurstheoretischen Legitimation der EU und die Legitimation durch Bewährung bei A. Peters	268
2.	Zur radikalen Input-Orientiertheit der Idee der verfassungsgebenden Gewalt	273
3.	Der Deliberative Supranationalismus und seine Kritiker	274
a)	Das deliberative Verständnis der Ausschussverfahren und deliberative Polyarchien	274
b)	Der deliberative Supranationalismus der Osloer Schule – Legitimation durch Deliberation	279
V.	Zusammenfassung: Verfassungsgebung als spiralförmiger deliberativer Prozess	280
VI.	Präzisierung der Anforderungen an Verfassungsgebung für die Bedingungen der Supranationalität	281
	Zweiter Teil: Der Konvent über die Zukunft Europas	284
A.	Vorgeschichte	284
I.	Die Debatte um die Finalität der europäischen Integration	284
II.	Die Idee einer Versammlung zur Erarbeitung des Chartatextes	285
1.	Keine neue Idee: Die Diskussion um eine parlamentarische Versammlung für den Verfassungsprozess der EU in Wissenschaft und Praxis	285
2.	Konkretisierung und Präzedenzfall: Auf dem Weg zu einem Konvent zur Ausarbeitung einer Charta der Grundrechte	288
3.	Ergebnis	289
III.	Der Konvent zur Erarbeitung einer Charta der Grundrechte der Europäischen Union	289
1.	Strittige Punkte bei der Konzipierung des „Gremiums“	289
2.	Emanzipation der Versammlung von den Vorgaben des Europäischen Rates	291
a)	Die Bezeichnung als „Konvent“	291
b)	Rolle der stellvertretenden Mitglieder	292

3. Willensbildung und der Versuch von Abstimmungen	292
4. Bewertung der Konventsmethode: Eine „méthode constituante“?	294
a) Vorbild für eine europäische Verfassungsgebung?	294
b) Insbesondere: Die republikanisch-polemische Kritik bei K. A. Schachtschneider	297
c) Deliberative Analysen	300
5. Ergebnis	302
IV. Die Beratungen von Laeken im Lichte der Verhandlungen von Nizza.	
Die Erklärung von Laeken	302
1. Nizza – oder: Die Nacht der langen Messer	302
2. Reaktion auf das Scheitern: Der Europäische Rat von Laeken	304
a) Auf dem Weg nach Laeken	304
b) Die Erklärung von Laeken	306
B. Der Europäische Konvent	308
I. Methodische Vorbemerkungen	308
II. Repräsentativität	309
1. Zusammensetzung des Konventes	309
a) Die institutionelle Zusammensetzung	309
aa) Die ordentlichen Mitglieder: Zusammenkunft der an der europäischen Verfassungsentwicklung beteiligten Gremien	309
bb) Die Beobachter: Vertreter der institutionalisierten Zivilgesellschaft	311
b) Geographische Zusammensetzung: Präsenz der beitragswilligen Länder und der Türkei	312
c) Personelle Zusammensetzung: Stellung der ausgewählten Mitglieder, politische Affinitäten und Gruppeninteressen	314
d) Überlappung der unterschiedlichen Zusammensetzungen: Die multiplen Identitäten der Mitglieder	315
2. Kontrolle der Mitglieder durch die entsendende Institution	317
3. Bewertung	319
III. Autonomie	321
1. Institutionelle Spezialität	321
a) Auswahl der Mitglieder: Unabhängigkeit vom Europäischen Rat	321
b) Das Mandat	323
aa) Substanzielle Fragen	323
bb) Die Frage nach der Natur des Ergebnisses der Arbeiten	324
cc) Fragen des Kalenders	326
dd) Zuständigkeit für allgemein-politische Fragen? Die Debatte über die Militärintervention im Irak	327
ee) Die Eröffnung	328

c)	Rechte und Pflichten des Konvents gegenüber den anderen Institutionen	329
aa)	Berichtspflicht	329
bb)	Berichte und Diskussionen in anderen Organen und Einrichtungen der Union	331
cc)	Vorladung von Angehörigen der Gemeinschaftsinstitutionen	332
dd)	Teilnahme an der Regierungskonferenz	333
d)	Die materiellen Ressourcen: Haushalt, Räumlichkeiten und Personal	333
aa)	Finanzierung und Haushalt	333
bb)	Räumlichkeiten und Personal	335
2.	Verfahrensautonomie	335
a)	Die Verfahrensregeln des Europäischen Konvents	335
aa)	Entstehung der „Arbeitsmethoden“	336
bb)	Qualität der Arbeitsmethoden	336
cc)	Natur des Konvents aus der Sicht des Vorsitzenden als Auslegungshilfe	338
b)	Änderung der Arbeitsmethoden (Art. 16 AM)	339
3.	Autonomie bei der Wahl seiner Organe	340
4.	Autonomie bei der Festlegung des Sitzungsortes	341
5.	Bewertung	341
a)	Natur und Stellung des Konvents im institutionellen System der Union	342
b)	Keine Emanzipation vom Europäischen Rat	347
c)	Ergebnis	348
IV.	Demokratie und Partizipation	349
1.	Innere Struktur des Konventes	349
a)	Grundlagen	349
b)	Formalisierte Akteure und Strukturen	349
aa)	Der Vorsitzende	350
bb)	Die stellvertretenden Vorsitzenden	352
cc)	Der Vorsitz	354
dd)	Präsidium	354
ee)	Die Mitglieder – les „conventionnels constituants“	360
ff)	Beobachter	362
gg)	Komponenten	363
hh)	Plenum	365
ii)	Arbeitsgruppen	367
jj)	Arbeitskreise	368
kk)	Sekretariat	369

c)	Nicht formalisierte Akteure und Strukturen	370
aa)	Politische Familien	370
bb)	Nationale Gruppen	372
cc)	Die Bewerberstaaten	373
2.	Gang der Beratungen des Konventes: Die Methode des diskursiven iterativen Konsenses	374
a)	Der Tagungsrhythmus des Konvents	374
b)	Das Entscheidungsverfahren des Konsenses und die Abwesenheit von Mehrheitsentscheiden	374
aa)	Zur Frage von Abstimmungen im Konvent	374
bb)	Der diskursive iterative Konsens als Leitbild	377
cc)	Konsens	379
c)	Die Unterscheidung des Gangs der Beratungen in unterschiedlichen Phasen	381
aa)	Schaffung einer Lebenswelt und eines „esprit de corps“: <i>La phase d'écoute</i>	381
bb)	<i>Phase de réflexion</i> : Arbeit in den Arbeitsgruppen	385
cc)	<i>Phase de proposition</i> : Erarbeitung der Artikel des neuen Vertrages	386
dd)	Insbesondere: Die Erarbeitung der institutionellen Vorschriften als Testfall für den Erfolg der Konventsmethode	392
d)	Das Sprachenregime des Konvents	396
aa)	Das Sprachenregime in der Plenarversammlung	396
bb)	Das Sprachenregime in den Arbeitsgruppen	397
e)	Schriftliche Kommunikation im Konvent	397
f)	Diskutieren oder Verlesen: Die Plenardebatten des Konvents und die Instrumente der Geschäftsordnung	398
aa)	Allgemeines	398
bb)	Angemeldete Redebeiträge	399
cc)	Spontane Redebeiträge	400
g)	Zusammenfassung	402
3.	Der Konvent als öffentlicher Prozess	402
4.	Der Konvent im Netz der Diskursarenen	405
a)	Die eingeladenen Beobachter	405
b)	Das Forum: Die strukturierte Beteiligung der sog. Zivilgesellschaft	405
aa)	Vorbemerkung: Der Begriff der Zivilgesellschaft im Kontext der Union	405
bb)	Die vier Aspekte des Forums	406
cc)	„Brüssel“ im Gespräch mit sich selbst?	409
c)	Andere Elemente der Beteiligung der Zivilgesellschaft	410

d) Der Jugendkonvent	410
e) Zwischenergebnis	411
5. Ergebnis	412
C. Die Arbeiten des Konvents im Gesamtzusammenhang des Vertragsreformprozesses	413
I. Die Regelung des Artikel 48 EUV	413
II. Auswirkungen auf das Verfahren im Konvent	414
1. Deliberation und Verhandeln im Schatten einer Regierungskonferenz	414
2. Der Konvent als ausschließliches Forum	414
III. Besonderer Ratsgipfel?	415
IV. (Selbst-) Beschränkungen des Europäischen Rates hinsichtlich der Aufgaben einer Regierungskonferenz	415
1. Von „Ausgangspunkten“, „guten Grundlagen“ und „guten Ausgangsgrundlagen“: Die Natur des Konventsergebnisses in der Debatte im Rat	415
2. Rechte des Konvents nach Ende seiner Arbeiten?	416
3. Verlauf der Regierungskonferenz	416
4. Keine Verpflichtung der Mitgliedstaaten in der Regierungskonferenz durch das Konventsergebnis	417
D. Der Konvent als verfassungsgebende Versammlung	418
I. Skeptische Bewertungen der verfassungsgebenden Qualität des Konvents	418
II. Hoffnungsvolle Bewertungen	420
III. Der Konvent als verfassungsgebende Versammlung nach der deliberativen Auffassung	422
1. Der deliberative Supranationalismus der Osloer Schule und die Beurteilung des Konventsverfahrens	422
2. Zum Modell deliberativer Verfassungsgebung von J. E. Fossum und A. J. Menéndez	425
3. Vorschlag eines Verständnisses des Konventsverfahrens als verfassungsgebender Versammlung für die Europäische Union – Zugleich ein Plädoyer für die Wiederholung dieser Methode	426
Zusammenfassende Thesen	431
Literaturverzeichnis	433